

Chronologische Sammlung des Baselbieter Rechts

Die Broschüre Nr. 12/4 des Bandes 2025 der Chronologischen Sammlung enthält die nachfolgenden Erlasse:

GS-Nr.	Titel	Publ. Internet
<u>2025.070</u>	Teilrevision der Verordnung zum Personalgesetz betr. neue Modellumschreibung «Lehrperson Brückenangebote und IAV SEK II»	29.12.2025
<u>2025.071</u>	Änderung der Verordnung über die Verteilung der Direktionen betr. Zuteilung der Direktionen vom 1. Januar 2026 bis zum 30. Juni 2027	29.12.2025
<u>2025.072</u>	Änderung des Tarifreglements BGV	29.12.2025
<u>2025.073</u>	Änderung der Tarife für Pflegeleistungen von Inhouse Spitex-Organisationen und von pflegenden Angehörigen in Spitex-Organisationen	29.12.2025
<u>2025.074</u>	Änderung der Verordnung über die Gebühren des Kantonalen Laboratoriums betr. Änderung der Gebühren und Nachführungen	29.12.2025
<u>2025.075</u>	Änderung der APV betr. Ablauf des Datenmonitorings im stationären Pflegebereich	29.12.2025
<u>2025.076</u>	Änderung der Verordnung über die Gebühren im Ausländerrecht betr. Aktualisierung	29.12.2025
<u>2025.077</u>	Änderung der Verordnung zum Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes betr. Aktualisierung der Gebühren	29.12.2025
<u>2025.078</u>	Änderung von Anhang 1 der Verordnung zum Polizeigesetz betr. Kontrolle des ruhenden Verkehrs auf Gemeinde- und Kantonsstrassen im Gemeindegebiet Wittinsburg	29.12.2025
<u>2025.079</u>	Änderung der Do SID betr. neue Namensgebung innerhalb der Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft, mit Fremdänderung	29.12.2025
<u>2025.080</u>	Teuerungsausgleich gemäss § 49 Personaldekret für das Jahr 2026: Inkraftsetzung der Lohntabelle 2026	29.12.2025

Die Erlasse der chronologischen Sammlung und die entsprechend laufend aktualisierte systematische Sammlung des Baselbieter Rechts finden Sie links unten auf der Homepage des Kantons Basel-Landschaft «basel-land.ch» via Link «[Gesetzensammlung](#)». Daraus verlinkt sind die rechtlich

massgebenden Publikationen im [Amtsblatt](#).

Bei **den vom Landrat beschlossenen Erlassen** (insbesondere Gesetze und Dekrete) ist im Internet als Anhang und erste Materialienquelle jeweils ein **Vademecum** abrufbar mit Informationen und Links zu den Landratsvorlagen, -beratungen und -beschlüssen, die den entsprechenden Erlassen und ihren Änderungen zugrunde liegen.

Gegen kantonale Vorschriften in Erlassen unterhalb der Gesetzesstufe (insbesondere Dekrete des Landrats und Verordnungen des Regierungsrats) kann gemäss §§ 27–29 der Verwaltungsprozessordnung (VPO, [SGS 271](#)) zur Überprüfung der Verfassungsmässigkeit innert 10 Tagen seit Veröffentlichung des Erlasses im massgebenden Publikationsorgan beim Kantonsgericht als Verfassungsgericht, Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in 4 Ausfertigungen einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der Beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Das Verfahren vor Kantonsgericht ist kostenpflichtig. Nicht angefochten werden können Verfassungsbestimmungen, Gesetze, Staatsverträge, Richtpläne und kantonale und kommunale Nutzungspläne mit den dazugehörigen Zonenreglementen. Beschwerdeberechtigt sind Personen, auf die der angefochtene Erlass oder Plan künftig einmal angewendet werden könnte sowie die obersten Verwaltungsbehörden des Kantons und der Gemeinden, der Landeskirchen und anderer Träger öffentlicher Aufgaben, wenn der Vollzug in ihre Zuständigkeit fällt oder ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen könnte.

Personalverordnung

Änderung vom 9. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 150.11, Verordnung zum Personalgesetz (Personalverordnung) vom 19. Dezember 2000 (Stand 1. Januar 2025), wird wie folgt geändert:

Anhänge

Anhang I: Modellumschreibungen (**geändert**)

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 9. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Anhang I zur Verordnung zum Personalgesetz: Modellumschreibungen

Lehrperson Brückenangebote und IAV SEK II

409 J.10

Aufgaben - Selbständigkeit – Verantwortung

Planen und Durchführen von Unterricht im Zentrum Brückenangebote und IAV Sek II

- Förderung der Jugendlichen auf den vier Förderebenen (Berufswahlprozess, schulische Bildung, Persönlichkeitsentwicklung, Praxislernen)
- Führen einer Schulklasse sowie Planung, Durchführung, Nachbereitung des Unterrichts
- Mitwirken bei der Erarbeitung von Lehrplänen, sowie der Durchführung von Lehrerinnen/Lehrer- und Fachkonferenzen
- Mitgestalten der Zusammenarbeit mit internen und externen Beratungsstellen sowie Fachgruppen
- Mitwirkung an Gesamtaufgaben und Aktivitäten der Schule
- Fallführung und Falldokumentation; Erstellen der Zwischen- und Abschlussberichte
- Information und Koordination aller Anspruchsgruppen wie Eltern, Beistände, Betreuende, Sozialdienste, Institutionen

Die Aufgaben sind nur allgemein umschrieben und müssen im Rahmen des Lehrplanes selbständig gelöst werden

Besondere Anforderungen

- Teamfähigkeit, Kommunikationsstärke
- Hohe Sensibilität, Belastbarkeit und Resilienz im Umgang mit Jugendlichen mit Herausforderungen im Übergang in die Arbeitswelt

Hinweise

- Klassen- und Fachlehrperson Brückenangebote und IAV SEK II

Ausbildung-Erfahrung

- Lehrdiplom Sekundarstufe I (Master of Arts in Secondary Education) oder Lehrdiplom Sek II
4 Jahre Berufserfahrung

Pflichtstunden pro Woche

- vgl. Personaldekret § 5

Verordnung über die Verteilung der Direktionen

Änderung vom 9. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 140.10, Verordnung über die Verteilung der Direktionen vom 14. Februar 2023 (Stand 1. Juli 2023), wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1

¹ Die Direktionen der kantonalen Verwaltung werden den Mitgliedern des Regierungsrats für die Amtsdauer 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027 wie folgt zugeteilt:

- d. Sicherheitsdirektion
 - 2. **(geändert)** Stellvertreter: Markus Eigenmann
- e. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
 - 1. **(geändert)** Vorsteher: Markus Eigenmann

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 9. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Reglement über die Tarife der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (Tarifreglement, TR)

Änderung vom 12. Dezember 2025

Der Verwaltungsrat der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 350.114, Reglement über die Tarife der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (Tarifreglement, TR) vom 21. September 2022 (Stand 1. Januar 2023), wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 (geändert)

¹ Der Index für die Versicherungswerte der Gebäude sowie der freiwillig zusätzlich versicherten weiteren baulichen Objekte beträgt 155 Punkte.

§ 9 Abs. 1

¹ Der Zuschlag auf der Grundstückversicherungsprämie der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren forstliche Waldstrassen versichert sind, beträgt für:

- c. **(geändert)** das Jahr 2025: CHF 0.–;
- d. **(neu)** das Jahr 2026: CHF 0.–.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Änderungen treten am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 12. Dezember 2025

Im Namen des Verwaltungsrats

die Präsidentin: Kistler

der Vizepräsident: Moulin

Verordnung über die Finanzierung von Pflegeleistungen

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 362.14, Verordnung über die Finanzierung von Pflegeleistungen vom 22. Februar 2011 (Stand 1. Januar 2024), wird wie folgt geändert:

§ 1b (neu)

Anrechenbare Normkosten für Inhouse-Spitex und pflegende Angehörige

¹ Die anrechenbaren Normkosten gemäss § 15c EG KVG betragen abweichend von § 1a für ambulante Pflegeleistungen, die durch Inhouse-Spitex-Organisationen und Organisationen, die pflegende Angehörige beschäftigen, erbracht werden, in der 1. Stunde:

- a. für Massnahmen der Abklärung, Beratung und Koordination CHF 85.25;
- b. für Massnahmen der Untersuchung und Behandlung CHF 71.85;
- c. für Massnahmen der Grundpflege CHF 64.75.

² Die anrechenbaren Normkosten gemäss § 15c EG KVG betragen abweichend von § 1a für ambulante Pflegeleistungen, die durch Organisationen gemäss Abs. 1 erbracht werden, ab der 2. Stunde:

- a. für Massnahmen der Abklärung, Beratung und Koordination CHF 77.60;
- b. für Massnahmen der Untersuchung und Behandlung CHF 64.20;
- c. für Massnahmen der Grundpflege CHF 57.10.

³ Die Normkosten gemäss Abs. 1 und 2 können von Organisationen abgerechnet werden, die einen Qualitätsnachweis gemäss § 6a der Altersbetreuungs- und Pflegeverordnung erbracht haben. Der Nachweis ist spätestens 4 Wochen vor der Rechnungsstellung an die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion einzureichen.

⁴ Ohne Qualitätsnachweis gemäss Abs. 3 besteht kein Anspruch auf eine Finanzierung der Pflegeleistungen durch die Gemeinde oder den Kanton. Die ungedeckten Kosten dürfen nicht der versicherten Person in Rechnung gestellt werden.

II.

Der Erlass SGS 941.11, Altersbetreuungs- und Pflegeverordnung (APV) vom 20. März 2018 (Stand 1. Januar 2025), wird wie folgt geändert:

§ 6a (neu)

Qualitätssicherung für Inhouse-Spitex und pflegende Angehörige

¹ Inhouse-Spitex-Organisationen und Organisationen, die pflegende Angehörige beschäftigen, müssen der Direktion folgende Nachweise der Qualitätssicherung einreichen:

- a. Ergebnis des qualivistaambulant Audits;
- b. Inhouse-Spitex, die an ein Alters- und Pflegeheim angeschlossen sind: Ergebnis des qualivistastationär Audits;
- c. Betriebe mit einer zusätzlichen Bewilligung des Amts für Kind, Jugend und Behindertenangebote Basel-Landschaft: Ergebnis der vom Kanton vorgegebenen Qualitätsverfahren.

² Spitex-Organisationen ohne Betriebsstandort im Kanton Basel-Landschaft müssen abweichend zu Abs. 1 einen der folgenden Nachweise der Qualitätssicherung einreichen:

- a. Ergebnis des qualivistaambulant Audits;
- b. Ergebnis des Audits gemäss Qualitätsmanual des Spitex-Verbands;
- c. gültiges Zertifikat gemäss ISO 9001;
- d. gültiges Swiss Care Excellence Zertifikat;
- e. gültiges EFQM-Zertifikat.

³ Die Nachweise der Qualitätssicherung sind spätestens 4 Wochen nach dem Erhalt des endgültigen Berichts einzureichen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Teilrevision tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Verordnung über die Gebühren des Kantonalen Laboratoriums (Gebührenverordnung Labor)

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 971.11, Verordnung über die Gebühren des Kantonalen Laboratoriums (Gebührenverordnung Labor) vom 7. Februar 2006 (Stand 1. Februar 2006), wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Verordnung

über die Gebühren des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen im Bereich Labor und Inspektorate (Gebührenverordnung Labor und Inspektorate)

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾, das Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 20. Juni 2014²⁾, die Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung vom 27. Mai 2020³⁾, das Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (Tabakproduktegesetz, TabPG) vom 1. Oktober 2021⁴⁾ und das Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) vom 16. Juni 2017⁵⁾,

beschliesst:

1) SGS 100

2) SR 817.0

3) SR 817.042

4) SR 818.32

5) SR 814.71

§ 1 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben), Abs. 5 (aufgehoben), Abs. 6 (aufgehoben)

Leistungen gemäss Gebührentarif für die amtliche Lebensmittelkontrolle (Überschrift geändert)

¹ Verrechnet werden gemäss dem Gebührentarif und dem aktuellen Kostenfaktor für die amtlichen Laboratorien der Lebensmittelkontrolle der Schweiz 1999⁶⁾:

- a. **(neu)** Gebühren im Bereich des Vollzugs des Lebensmittelgesetzes inklusive die Untersuchung von Selbstkontrollproben für die Wasserversorgungen;
- b. **(neu)** Gebühren im Bereich des Vollzugs des Tabakproduktegesetzes;
- c. **(neu)** Gebühren im Bereich des Vollzugs des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall;
- d. **(neu)** Probenahmen;
- e. **(neu)** Exportzertifikate;
- f. **(neu)** Wasseruntersuchungen für die Gemeinden.

² *Aufgehoben.*

³ *Aufgehoben.*

⁴ *Aufgehoben.*

⁵ *Aufgehoben.*

⁶ *Aufgehoben.*

§ 2 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)

Auftragsleistungen (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

² Analyseaufträge werden zu CHF 150.– pro Stunde verrechnet.

³ Expertisenaufträge werden zu CHF 250.– pro Stunde verrechnet.

§ 3 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)

Pauschale Leistungen (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

² *Aufgehoben.*

³ Radonmessungen werden mit CHF 100.– pro ausgelegtes Dosimeter verrechnet.

⁴ Für die Erstellung und den Versand von Berichten werden folgende Pauschalen verrechnet:

- a. Bericht Standard CHF 40.–;
- b. Bericht komplex CHF 80.–.

⁶⁾ Erhältlich beim Kantonalen Labor, Gräubernstrasse 12, 4410 Liestal.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Altersbetreuungs- und Pflegeverordnung (APV)

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 941.11, Altersbetreuungs- und Pflegeverordnung (APV) vom 20. März 2018 (Stand 1. Januar 2026), wird wie folgt geändert:

§ 9 Abs. 1 (aufgehoben)

Kosten- und Leistungsdaten, ambulante Leistungserbringer (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

§ 10a Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

Kostenrechnung und Leistungsstatistik, stationäre Leistungserbringer (Überschrift geändert)

¹ Die stationären Pflegeeinrichtungen erstellen die Kostenrechnung, die Anlagebuchhaltung und die Leistungsstatistik gemäss der Erfassungsmethodik der Fachgruppe Monitoring APH vom Dezember 2024 (Anhang 1) und reichen die Vollversion der abgeschlossenen und durch eine unabhängige, akkreditierte Revisionsstelle geprüfte Kostenrechnung jährlich bis Ende Mai des Folgejahres gemäss deren Vorgaben an die Direktion ein.

² Sie lassen sich die Einhaltung der Erfassungsmethodik durch die Revisionsstelle bestätigen und reichen die Bestätigung der Direktion sowie den Gemeinden und Versorgungsregionen, mit welchen sie eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen haben, bis Ende Mai des Folgejahres ein.

³ Die Direktion erstellt zuhanden der Versorgungsregionen ein Datenset mit den tarifrelevanten Informationen der Einrichtungen, bei welchen sie zur Festlegung der Tarife zuständig sind.

§ 11 Abs. 2 (neu)

² Die Direktion informiert die zuständige Versorgungsregion gemäss § 10a Abs. 3 über verspätet oder unvollständig eingereichte Daten und Dokumente der stationären Pflegeeinrichtungen. Die Versorgungsregion ist berechtigt, die Tarife angemessen zu kürzen oder Tarifierpassungsbegehren nur teilweise oder gar nicht zu berücksichtigen.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Verordnung über die Gebühren im Ausländerrecht

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 112.11, Verordnung über die Gebühren im Ausländerrecht vom 6. Mai 2003 (Stand 1. Januar 2025), wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾, die Verordnung über die Gebühren zum Ausländer- und Integrationsgesetz (Gebührenverordnung AIG, GebV-AIG) vom 24. Oktober 2007²⁾ sowie das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) vom 1. Juni 2017³⁾, beschliesst:

§ 4 Abs. 1 (geändert)

¹⁾ Die kantonalen Gebührenansätze entsprechen den Höchstbeträgen gemäss Art. 8 GebV-AIG⁴⁾.

§ 5 Abs. 2

²⁾ Die Gebühren des Amts für Migration, Integration und Bürgerrecht betragen für:

- a. **(geändert)** Bescheinigungen: CHF 25.–;
- b. **(geändert)** Aktenherausgabe und Aktenversand: CHF 30.–;
- c. **(geändert)** übrige Dienstleistungen: CHF 25.– bis CHF 200.–;

1) SGS 100

2) SR 142.209

3) SGS 310

4) SR 142.209

- d. **(geändert)** die Wegweisung von Ausländerinnen und Ausländern, deren Androhung, Einstellung oder Aufhebung sowie die Androhung oder Anordnung ausländerrechtlicher Massnahmen: CHF 50.– bis CHF 500.–.

§ 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)

Besondere Gebühren des Kantonalen Amts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) (Überschrift geändert)

¹ Die Gebühren des Kantonalen Amts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) für die arbeitsmarktliche Verfügung betragen für:

- a. **(geändert)** Kurzaufenthaltsbewilligungen (bis 4 Monate): CHF 200.–;
- b. **(geändert)** Kurzaufenthaltsbewilligungen (über 4 Monate bis 364 Tage, Ausweis L): CHF 480.–;
- c. **(geändert)** Aufenthaltsbewilligungen (ab 365 Tage, Ausweis B): CHF 480.–;
- d. *Aufgehoben.*
- e. **(geändert)** Grenzgängerbewilligungen (Drittstaat, Ausweis G): CHF 350.–;
- f. **(geändert)** den Stellenantritt von Asylsuchenden (Ausweis N): CHF 350.–;
- g. *Aufgehoben.*
- h. *Aufgehoben.*
- i. *Aufgehoben.*

² Die Gebühren für Bewilligungsverlängerungen, für Bewilligungen von Nebenerwerben, von Stellen- und Berufswechseln sowie von erstmaligen Stellenantritten bei bestehendem Aufenthaltsrecht (ohne Personen mit Ausweis N) betragen CHF 200.–.

³ *Aufgehoben.*

⁴ *Aufgehoben.*

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Verordnung zum Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 822.10, Verordnung zum Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes vom 5. April 2005 (Stand 1. Januar 2012), wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Verordnung
zum Vollzug des eidgenössischen Arbeitsgesetzes (Arbeitsgesetzvollzugsverordnung)

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,
gestützt auf § 74 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹⁾, das Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) vom 13. März 1964²⁾ sowie das Finanzhaushaltsgesetz (FHG) vom 1. Juni 2017³⁾,
beschliesst:

§ 1 Abs. 1 (geändert)

¹ Diese Verordnung regelt den Vollzug des Arbeitsgesetzes⁴⁾ sowie des darauf beruhenden Bundesrechts.

§ 3

Aufgehoben.

1) SGS 100

2) SR 822.11

3) SGS 310

4) SR 822.11

§ 9 Abs. 1 (geändert)

¹ Im Falle der Verletzung arbeitsgesetzlicher Bestimmungen oder Verfügungen ergreift das KIGA die im Arbeitsgesetz⁵⁾ vorgesehenen Verwaltungsmassnahmen oder erstattet Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft.

§ 10 Abs. 1, Abs. 2 (aufgehoben)

¹ Für Genehmigungen, Bewilligungen und Begutachtungen werden folgende Gebühren erhoben:

- a. **(geändert)** für Plangenehmigungen entsprechend dem umbauten Raum: CHF 280.– bis 3'900.–;
- b. *Aufgehoben.*
- d. **(geändert)** für Betriebsbewilligungen: CHF 280.– bis CHF 1'750.–;
- e. **(geändert)** für Planbegutachtungen: CHF 280.– bis CHF 2'800.–;
- f. **(geändert)** für die Beschaffung von Akten aus dem Archiv (zuzüglich pro Blatt Fotokopie CHF 1.–): CHF 150.–;
- g. **(geändert)** für Arbeitszeitbewilligungen: CHF 100.– bis CHF 400.–;
- h. **(neu)** für die Prüfung von Betriebsordnungen: CHF 250.–.

² *Aufgehoben.*

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

5) SR 822.11

Verordnung zum Polizeigesetz (Polizeiverordnung, PolV)

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 700.11, Verordnung zum Polizeigesetz (Polizeiverordnung, PolV) vom 9. Februar 1999 (Stand 1. Dezember 2025), wird wie folgt geändert:

Anhänge

Anhang 1: Zuständigkeiten der Gemeinden gemäss § 6c (**geändert**)

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16. Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Anhang 1: Zuständigkeiten der Gemeinden gemäss § 6c

§ 7 Abs. 1 Bst. a Polizeigesetz		Kontrolle des ruhenden Verkehrs im Ordnungsbussenverfahren		
§ 7 Abs. 1 Bst. b Polizeigesetz		Kontrolle des fahrenden Verkehrs mit technischen Geräten ohne Anhaltung der Fahrzeuge im Ordnungsbussenverfahren		
§ 7f ff. Polizeigesetz		Führung einer Gemeindepolizei inklusive Kontrolle des ruhenden und fahrenden Verkehrs (Gemeindepolizeien können Fahrzeuge auch anhalten) sowie Ausstellen von Cannabis-Ordnungsbussen		
Bezirk	Kompetenz	§ 7 Abs. 1 Bst. a Polizeigesetz	§ 7 Abs. 1 Bst. b Polizeigesetz	§ 7f ff. Polizeigesetz
	Gemeinde			
Arllesheim	Aesch	JA	JA	JA
	Allschwil	JA	JA	JA
	Arllesheim	JA	JA	JA
	Biel-Benken	NEIN	NEIN	NEIN
	Binningen	JA	JA	JA
	Birsfelden	JA	JA	JA
	Bottmingen	JA	JA	NEIN
	Ettingen	JA	JA	JA
	Münchenstein	JA	JA	JA
	Muttenz	JA	JA	JA
	Oberwil	JA	JA	JA
	Pfeffingen	NEIN	NEIN	NEIN
	Reinach	JA	JA	JA
	Schönenbuch	JA	JA	NEIN
	Therwil	JA	JA	JA
Laufen	Blauen	NEIN	NEIN	NEIN
	Brislach	JA *	NEIN	NEIN
	Burg i. L.	NEIN	NEIN	NEIN
	Dittingen	NEIN	NEIN	NEIN
	Duggingen	NEIN	NEIN	NEIN
	Grellingen	JA	NEIN	NEIN
	Laufen	JA	JA	JA
	Liesberg	NEIN	NEIN	NEIN
	Nenzlingen	NEIN	NEIN	NEIN
	Roggenburg	NEIN	NEIN	NEIN
	Röschenz	NEIN	NEIN	NEIN
	Wahlen	NEIN	NEIN	NEIN
	Zwingen	JA	NEIN	NEIN
Liestal	Arisdorf	JA	NEIN	NEIN
	Augst	JA	JA	JA
	Bubendorf	NEIN	NEIN	NEIN
	Frenkendorf	JA	JA	JA
	Füllinsdorf	JA	JA	JA
	Giebenach	JA	JA	JA
	Hersberg	NEIN	NEIN	NEIN
	Lausen	JA	NEIN	NEIN
	Liestal	JA	JA	JA
	Lupsingen	NEIN	NEIN	NEIN
	Pratteln	JA	JA	JA
	Ramlinsburg	NEIN	NEIN	NEIN
	Seltisberg	NEIN	NEIN	NEIN
	Ziefen	NEIN	NEIN	NEIN

Anhang 1: Zuständigkeiten der Gemeinden gemäss § 6c

§ 7 Abs. 1 Bst. a Polizeigesetz		Kontrolle des ruhenden Verkehrs im Ordnungsbussenverfahren			
§ 7 Abs. 1 Bst. b Polizeigesetz		Kontrolle des fahrenden Verkehrs mit technischen Geräten ohne Anhaltung der Fahrzeuge im Ordnungsbussenverfahren			
§ 7f ff. Polizeigesetz		Führung einer Gemeindepolizei inklusive Kontrolle des ruhenden und fahrenden Verkehrs (Gemeindepolizeien können Fahrzeuge auch anhalten) sowie Ausstellen von Cannabis-Ordnungsbussen			
Bezirk	Kompetenz		§ 7 Abs. 1 Bst. a Polizeigesetz	§ 7 Abs. 1 Bst. b Polizeigesetz	§ 7f ff. Polizeigesetz
	Gemeinde				
Sissach	Anwil		NEIN	NEIN	NEIN
	Böckten		NEIN	NEIN	NEIN
	Buckten		NEIN	NEIN	NEIN
	Buus		NEIN	NEIN	NEIN
	Diepflingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Gelterkinden		JA	NEIN	NEIN
	Häfeltingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Hemmiken		NEIN	NEIN	NEIN
	Ittingen		JA	NEIN	NEIN
	Känerkinden		NEIN	NEIN	NEIN
	Kilchberg		NEIN	NEIN	NEIN
	Läufelfingen		JA	NEIN	NEIN
	Maisprach		NEIN	NEIN	NEIN
	Nusshof		NEIN	NEIN	NEIN
	Oltingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Ormalingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Rickenbach		NEIN	NEIN	NEIN
	Rothenfluh		NEIN	NEIN	NEIN
	Rümlingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Rünenberg		NEIN	NEIN	NEIN
	Sissach		JA	NEIN	NEIN
	Tecknau		NEIN	NEIN	NEIN
	Tenniken		NEIN	JA	NEIN
	Thürnen		NEIN	NEIN	NEIN
	Wenslingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Wintersingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Wittinsburg		JA	NEIN	NEIN
	Zeglingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Zunzgen		JA	NEIN	NEIN
Waldenburg	Arboldswil		NEIN	NEIN	NEIN
	Bennwil		NEIN	NEIN	NEIN
	Bretzwil		NEIN	NEIN	NEIN
	Diegten		JA *	NEIN	NEIN
	Eptingen		NEIN	NEIN	NEIN
	Hölstein		JA	NEIN	NEIN
	Lampenberg		NEIN	NEIN	NEIN
	Langenbruck		JA *	NEIN	NEIN
	Lauwil		NEIN	NEIN	NEIN
	Liedertswil		NEIN	NEIN	NEIN
	Niederdorf		JA *	NEIN	NEIN
	Oberdorf		JA	NEIN	NEIN
	Reigoldswil		NEIN	NEIN	NEIN
	Titterten		NEIN	NEIN	NEIN
	Waldenburg		JA	NEIN	NEIN

Dienstordnung der Sicherheitsdirektion (Do SID)

Änderung vom 16. Dezember 2025

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 145.11, Dienstordnung der Sicherheitsdirektion (Do SID) vom 17. Dezember 2024 (Stand 1. Januar 2025), wird wie folgt geändert:

§ 26 Abs. 1

¹ Die Zivilrechtsverwaltung gliedert sich wie folgt:

- b. **(geändert)** Abteilung Zentrale Dienste:
 - 2. **(geändert)** Dienste;

II.

Der Erlass SGS 111.11, Anmeldungs- und Registerverordnung (ARV) vom 13. Mai 2014 (Stand 1. Oktober 2025), wird wie folgt geändert:

Anhänge

Anhang II: Abfragerechte **(geändert)**

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Liestal, 16.Dezember 2025

Im Namen des Regierungsrats

der Präsident: Lauber

die Landschreiberin: Heer Dietrich

Anhang II: Abfragerechte¹

A. Direktionen und ihre Bereiche und Dienststellen

A.1 Finanz- und Kirchendirektion

A.1.1 Generalsekretariat

A.1.2 Finanzverwaltung²

A.1.2.1 Aufgabenbereich Vollzug Verlustscheinübernahme obligatorische Krankenpflegeversicherung³

Zugängliche Datenbestände: –

Zugängliche Datenstände: –

Zugängliche Daten: –

Kantonaler Personenidentifikator: –

Protokollierung: –

A.1.3 Kantonales Sozialamt⁴

A.1.3.1 Sozialhilfe

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle und die vorangegangenen

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. a, b, e, f, g, h, i, j, k (ohne Auflösungsgrund), m, n, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a, b, c und d ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.1.3.2 Rechtsdienst

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle und die vorangegangenen

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. a, b, e, f, g, h, i, j, k (ohne Auflösungsgrund), m, n, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a, b, c und d ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.1.3.3 Unterhaltsbeiträge

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle und die vorangegangenen

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. a, b, e, f, g, h, i, j, k (ohne Auflösungsgrund), m, n, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a, b, c und d ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.1.3.4 Koordinationsstelle für Asylbewerber

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. b, e, f, g, h, j, k (ohne Auflösungsgrund), m, n, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a, b, c und d ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

¹ GS 2016.035, 23.08.2016.

² GS 2022.090, 29.11.2022.

³ GS 2015.073, 24.11.2015.

⁴ GS 2015.027, 28.04.2015.

g, h, i, j, k (ohne Auflösungsgrund), m, n, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. b, c und d ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.4.8.6 Ressort Dienste¹

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. b, c, d (ohne Haushaltsart), e (ohne Name in ausländischem Pass), f, g, h, i, j, k (ohne Trennung und Auflösungsgrund), m, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a und b ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.4.8.7 Ressort Finanzen

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. b, c, d (ohne Haushaltsart), e (ohne Name in ausländischem Pass), f, g, h, i, j, m, o, p, q, r, s und u RHG und Art. 7 RHG (Haushaltsnummer)

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.4.8.8 Ressort Adoptionen und Namensänderungen²

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. b, c, d (ohne Haushaltsart), e (ohne Name in ausländischem Pass), f, g, h, i, j, k (ohne Trennung und Auflösungsgrund), m, o, p, q, r, s und u RHG, Art. 7 RHG (Haushaltsnummer) sowie § 2 Abs. 3 Bst. a und b ARG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: vollständig

A.4.9 Amt für Justizvollzug³

A.4.9.1 Hauptabteilung Straf-/Massnahmenvollzug und Bewährungshilfe

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. a, b, e (nur Amtlicher Name), f, g, h (nur Geburtsdatum), j, m, o, p, r und u RHG

Kantonaler Personenidentifikator: keine Bekanntgabe

Protokollierung: unvollständig (ohne Identifikation der abgefragten Person)

A.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion⁴

A.5.1 Generalsekretariat⁵

A.5.1.1 Aufgabenbereich Schulabkommen

Zugängliche Datenbestände: Niedergelassene, Aufenthalter, alle Religionsgemeinschaften, alle Gemeinden

Zugängliche Datenstände: der aktuelle

Zugängliche Daten: Merkmale gemäss Art. 6 Bst. a, b, e, f, g, h (ohne Geburtsort), i,

¹ GS 2025.079, 16.12.2025.

² GS 2024.076, 17.12.2024.

³ GS 2024.038, 24.09.2024.

⁴ GS 2021.118, 14.12.2021.

⁵ GS 2014.103, 21.10.2014.

Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)

Änderung vom 10. Dezember 2025

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft

beschliesst:

I.

Der Erlass SGS 150.1, Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret) vom 8. Juni 2000 (Stand 1. Januar 2026), wird wie folgt geändert:

Anhänge

Anhang 2: Lohntabelle 2026 (**geändert**)

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Für das Jahr 2026 wird ein Teuerungsausgleich von 0,3 % ausgerichtet.¹⁾

Liestal, 10. Dezember 2025

Im Namen des Landrats

der Präsident: Tschudin

die Landschreiberin: Heer Dietrich

¹⁾ Anhang 2 wird entsprechend den Beschlüssen des Landrats vom 27. November 2025 und 10. Dezember 2025 vom Regierungsrat, gestützt auf § 49 Abs. 3 des Personaldekrets, am 16. Dezember 2025 mit RRB Nr. 2025-1919 geändert und per 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt.

Lohntabelle 2026

Anhang II zum Personaldekret (SGS 150.1)

Inhalt

- Gewährter Teuerungsgleich und Berechnungsgrundlagen
- Lohn Tabellen für die Lohnbänder 1 bis 28
- Familien- und Erziehungszulagen
- Ansätze für Ausnahmen vom System der Lohnbänder

Gewährter Teuerungsausgleich		(interner Lohnindex, 2015 = 100)
2015	0.00%	100.00
2016	0.00%	100.00
2017	0.00%	100.00
2018	0.00%	100.00
2019	1.40%	101.40
2020	0.50%	101.91
2021	0.00%	101.91
2022	0.05%	101.96
2023	2.50%	104.51
2024	2.45%	107.07
2025	0.00%	107.07
2026	0.30%	107.39

Berechnungsgrundlage

Jahresstunden	261 Tage	x	8.4 Stunden	2'192.4 Stunden
Monatsstunden	2'192.4 Jahresstunden :		12 Monate	182.7 Stunden
Stunden pro Woche	8.4 Stunden	x	5 Tage	42 Stunden

Lohntabelle 2026

(Jahreslohn inkl. 13. Monatslohn)

Lohnband	Minimum Erfahrungswert C	Funktionslohn Erfahrungswert 1	Maximum Erfahrungswert 27
1	183'364.35	208'720.85	282'039.55
2	173'463.55	197'402.40	267'412.60
3	163'557.55	186'083.30	252'790.20
4	153'655.45	174'762.90	238'170.40
5	143'744.90	163'441.20	223'548.65
6	133'841.50	152'120.80	208'931.45
7	123'830.20	140'803.00	194'303.20
8	114'704.85	130'592.80	179'731.50
9	106'567.50	121'333.55	166'578.75
10	99'448.70	113'202.70	154'872.90
11	92'846.65	105'661.40	144'626.30
12	86'760.70	98'701.85	135'124.60
13	81'151.20	92'293.50	126'298.90
14	76'095.50	86'509.15	118'052.35
15	71'513.00	81'271.45	110'590.35
16	67'442.70	76'620.70	103'846.60
17	63'874.20	72'556.25	97'873.75
18	60'776.95	69'079.40	92'642.55
19	58'043.05	66'030.25	88'173.15
20	55'359.20	62'999.30	84'234.15
21	53'006.20	60'370.70	80'383.55
22	50'844.95	57'956.60	77'186.85
23	48'874.15	55'755.05	74'249.50
24	47'086.00	53'763.45	71'585.15
25	45'481.15	51'985.05	69'184.05
26	44'105.75	50'444.55	67'044.90
27	42'836.95	49'064.60	65'172.90
28	41'796.30	47'921.90	63'555.70

Familien- und Erziehungszulagen 2026 in CHF

Erziehungszulage bei einer Vollzeitbeschäftigung, monatlich*

a. bis			6'257.80	=	460.65
b. von	6'257.85	bis	7'761.00	=	425.15
c. von	7'761.05	bis	9'264.05	=	389.95
d. über			9'264.10	=	354.25

* Die Grenzbeträge beziehen sich auf den Monatslohn gemäss Lohn Tabelle bei einer 100%-Beschäftigung. Die Erziehungszulage wird im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet (§ 29 Abs. 4 Personaldekret).

Wird der Jahreslohn in zwölf Monatslöhnen und nicht in 13 Monatslöhnen ausgerichtet, beziehen sich die Grenzbeträge auf den Dreizehntel des Jahreslohnes.

Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulage)

Die monatliche Kinderzulage beträgt pro Kind	215.00
Die monatliche Ausbildungszulage beträgt pro Kind	268.00

Ausnahmen vom System der Lohnbänder

(Ansätze mit Verweis auf Anhang II (SGS 150.1), Ziffer 2, alle Werte in CHF)

Gruppe A:

Ansatz A 1	27'423.75
Ansatz A 2	26'211.70
Ansatz A 3	25'605.55
Ansatz A 4.1	24'410.45
Ansatz A 4.2	23'947.55
Ansatz A 4.3	23'484.45

Gruppe B:

	Minimallohn	Maximallohn
Ansatz B 1	15'455.25	18'939.65
Ansatz B 2	24'280.65	28'029.45
Ansatz B 3	27'222.35	31'059.35

Gruppe C: (Sitzungsgelder und Pauschalentschädigungen)

Ansatz C 2	45.00
Ansatz C 3	50.00
Ansatz C 4	300.00
Ansatz C 5.1	180.00
Ansatz C 5.2	210.00
Ansatz C 6	200.00
Ansatz C 7	250.00
Ansatz C 8	1'000.00
Ansatz C 9	150.00 bis 400.00
Ansatz C 10	100.00 bis 300.00
Ansatz C 13.1	3'300.00
Ansatz C 13.2	3'000.00

Gruppe D:

	Minimum	Stufe 1	Stufe 2	Maximum
Ansatz D 1	16'549.80	19'308.10	20'963.15	22'066.45
Ansatz D 2	12'872.10	15'630.45	17'285.40	18'388.70
Ansatz D 3	16'130.45	18'594.75	20'073.35	21'059.20
Ansatz D 4	14'338.15	16'578.60	17'922.70	18'818.90
Ansatz D 5	12'545.95	14'786.25	16'130.45	17'026.55
Ansatz D 6	14'563.60	17'814.70	19'765.45	21'065.95

Hinweise:

Die Ansätze für die Ausbildungs- und Praktikallöhne sind in der Verordnung über die Vergütungen während der Ausbildung (SGS 155.11) festgelegt.

Die Ansätze für weitere Kommissionen und Nebenämter sind in der Verordnung über die Vergütungen für die Inhaberinnen und Inhaber von Nebenämtern und für die Mitglieder von kantonalen Arbeitsgruppen (SGS158.12) festgelegt.

Die Ansätze für die Vergütung von unselbständig Erwerbenden, die für den Kanton Basel-Landschaft Mandate übernehmen und nicht Mitarbeitende im Sinne des Personalgesetzes sind, sind in der Verordnung über die Vergütung von Mandaten an unselbständig Erwerbende (SGS 153.18) festgelegt.

